

„Was viele von uns Jugendlichen abfuckt, ist, dass wir überhaupt nicht gehört werden...“¹

Gemeinsame fachpolitische Forderungen der Landesfachverbände der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit zur Realisierung von Teilhabe junger Menschen an der Gesellschaft



Landesarbeitsgemeinschaft
Mobile Jugendarbeit/Streetwork
Baden-Württemberg e.V.



Landesarbeitsgemeinschaft
Offene Jugendbildung Baden-Württemberg



Der Blick auf junge Menschen ist häufig ein kritischer und negativ konnotierter. Dies äußert sich in der medialen Berichterstattung sowie einseitigen und pauschalisierenden Zuschreibungen seitens politischer Akteur*innen und schlägt sich im öffentlichen Diskurs nieder. Es zeigt sich aber auch in der Prioritätensetzung in Regelungen und Verordnungen, die dann für junge Menschen mit massiven Einschränkungen ihrer persönlichen Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten verbunden sind. Das Verhalten junger Menschen wird dabei häufig mit negativen Entwicklungen in Verbindung gebracht und es wird ihnen mangelnde Reife unterstellt. Insbesondere werden sie oft pauschal als „die“ Jugendlichen betrachtet, was eine Individualität des*der einzelnen Jugendlichen überdeckt. Für eine differenzierte und realitätsnahe Betrachtung setzen sich die Akteur*innen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit ein, u.a. indem sie den Anliegen junger Menschen Raum geben. Die Debatten rund um die Corona-Pandemie und nach den Ereignissen in Stuttgart (im Sommer 2020) wirken jedoch als Beschleuniger für die zunehmende Verwendung von negativen Zuschreibungen. Gleichzeitig verdeutlichen sie den unzureichenden Stand der Teilhabe junger Menschen in der Gesellschaft.

¹ vgl. JuCo-Studie 2020, S. 14

Junge Menschen im Blick ...

Ausgangspunkt für unsere Positionierung ist es, die Bedarfe der Jugendlichen in den Blick zu nehmen, die sich aufgrund der besonderen Lebensphase der Jugend von anderen Altersgruppen unterscheiden. Die Besonderheit dieser Lebensphase, in der sich Jugendliche und junge Erwachsene befinden, ist durch den Übergang zum Erwachsenwerden gekennzeichnet und geprägt von Umbrüchen und Unsicherheiten. Dabei stehen sie vor der Herausforderung, sich vom Elternhaus oder aus anderen familiären Kontexten heraus zu lösen, ihre körperlichen Veränderungen zu akzeptieren, den Aufbau intimer Beziehungen zu erproben sowie eigene Wertvorstellungen und eine Zukunftsperspektive zu entwickeln. Alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen suchen nach Halt und Orientierung (vgl. Sinus-Studie 2020, 16. Kinder- und Jugendbericht, Shell-Studie, usw.). Auch und obwohl alle jungen Menschen diese Herausforderungen zu bewältigen haben, bleibt zu betonen, dass es „die“ Jugend bzw. „den/die“ Jugendliche*n nicht gibt. Jede*r Jugendliche ist ein Individuum mit eigenen Ideen, Bedürfnissen und Wünschen.

Junge Menschen sind durch die Folgen und Maßnahmen der Corona-Pandemie besonders beeinträchtigt und eingeschränkt, da die – zur Bewältigung zentraler Entwicklungsaufgaben erforderlichen – Freiräume, Sozialkontakte und außerschulischen Kontexte fehlen. Sie fühlen sich psychisch belastet, machen sich mehr Sorgen (u.a. in Bezug auf Zukunftsperspektiven), achten weniger auf ihre Gesundheit (wie auf gesunde Ernährung und ausreichend Bewegung) und beklagen mehr Streit und Konflikte im familiären Kontext. Dies erhöht sich bei beengtem Wohnraum, mangelnden Rückzugsmöglichkeiten, finanziellen Schwierigkeiten und fehlender Tagesstruktur (vgl. Copsy-Studie 2020).

„Ich habe das Gefühl das meine Ängste nicht verstanden werden“ (JuCo-Studie 2020, S. 12)

„Die Politik macht viele tolle Versprechungen und stellt Regeln auf die zum größten Teil auch sinnvoll sind, aber gerade diejenigen die es sowieso schwer haben werden nicht berücksichtigt, z.B. Obdachlose ...“ (ebd., S. 13)

Neben den oben beschriebenen Herausforderungen, in den Übergängen zum Erwachsenwerden, kommen für die jungen Menschen weitere individuelle Herausforderungen hinzu. Soziale Ungleichheiten wurden und werden im Kontext der Corona-Pandemie verstärkt – u.a. zeigt sich diese Verstärkung in Bildungsungleichheit, Digitaler Ungleichheit, sowie Einkommensungleichheit.

...statt im Fokus

Über Anliegen, Themen und Bedarfe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird medial nur selten berichtet. Bereits vor Corona wurde – sofern überhaupt von jungen Menschen die Rede war – oft ein negatives Bild gezeichnet oder sie wurden auf ihre Rolle als Schüler*innen, Prüflinge oder Auszubildende bzw. im Übergang Schule – Beruf reduziert. Dieses Bild hat sich während der Corona-Pandemie weiter verfestigt. Während sich die große Mehrheit der jungen Menschen auch in Zeiten von Corona solidarisch mit ihren Familien und der Gesellschaft zeigte und die jeweils geltenden Corona-Verordnungen einhielt, wurde ein anderes Bild von Jugend vermittelt. Es dominierten Bilder von sogenannten „Corona-Partys“, die Menschen zeigten, die sich nicht an Bestimmungen und Regeln hielten und durch rücksichtsloses Verhalten in Erscheinung traten. Zudem wurden junge Menschen als Gesundheitsrisiko bzw. als Sicherheitsrisiko für den Rest der Gesellschaft dargestellt. Während sich in allen Bevölkerungsteilen nicht alle ausnahms- und kritiklos an die geltenden Regeln, wie das Tragen einer Alltagsmaske und die Einhaltung der Abstandsregelungen halten, wird jungen Menschen oftmals ein "absichtsvolles" Agieren und ein bewusster Regelverstoß unterstellt. Dies erweckt den Eindruck, dass hier an Jugendliche und junge Erwachsene ein anderes Maß angelegt wird.

Auch die im Nachgang zu den Ereignissen in Stuttgart geführte öffentliche Debatte und die Äußerungen bzw. gewählte Rhetorik von Vertreter*innen aus der Politik spricht Bände. Junge Menschen wurden pauschal abgewertet, stigmatisiert und kriminalisiert. Die Rede war u.a. vom "wütenden Mob", "kriminellen Schwerverbrechern" und von einem "Angriff auf die Demokratie". Über Hintergründe und möglichen Ursachen der Ausschreitung wurde nicht gesprochen und es schien auch nicht von Bedeutung zu sein. Im Fokus standen die Suche nach den Schuldigen und die Forderung nach harten Strafen. Dabei traf die gewählte Rhetorik nicht nur diejenigen jungen Menschen, die an der sogenannten "Krawallnacht" beteiligt waren, sondern sie traf junge Menschen im Allgemeinen.

Junge Menschen brauchen (Frei-)Räume

In den letzten Jahren schritt die Kommerzialisierung von öffentlichen Räumen voran und die Verdrängung von jungen Menschen von öffentlichen Plätzen wurde zur Tagesordnung. Gleichzeitig nimmt die Bedeutung von digitalen Räumen immer mehr zu (vgl. z.B. JIM-Studie 2019). Dabei kann jedoch nicht davon ausgegangen werden, dass alle jungen Menschen ausreichenden Zugang dazu haben. Häufig fehlt es an Ausstattung (Hard- und Software), einem entsprechendem Internetzugang, sowie ausreichendem Wissen und Kompetenzen für die Nutzung. Auch kann der digitale Raum reale Treffpunkte nicht ersetzen, höchstens ergänzen.

Zur Bewältigung der Entwicklungsaufgaben und Herausforderungen, die mit dem „Jungsein“ einhergehen, braucht es aber vielfältige (auch digitale) Räume: nicht kommerzielle Räume, Räume für Begegnung und Rückzug, geschützte Räume und frei gestaltbare, nicht funktionalisierte Räume... Auch die Räume der Jugend(sozial)arbeit, die viele der genannten Aspekte bieten und deren digitale Angebote, sind wichtig für junge Menschen und müssen in politischen Debatten als solche wahrgenommen werden. Junge Menschen brauchen jedoch auch immer pädagog*innenfreie Räume – auch digitale – die sie sich aneignen, in denen sie ganz unter sich agieren und sie sich ohne das Beisein von Erwachsenen frei entfalten können.

Grundsätzlich ist der öffentliche Raum für alle da – auch und insbesondere für junge Menschen, da diesen häufiger als Erwachsenen entsprechende Alternativen fehlen.

Junge Menschen befähigen und beteiligen

Junge Menschen haben nicht ohne Grund ein aus zahlreichen Regelungen und Normen ableitbares Recht auf Beteiligung und Mitgestaltung der sie betreffenden Rahmenbedingungen und Angelegenheiten. Trotzdem fühlt sich, unterschiedlichen Befragungen und Studien (z.B. JuCo-Studie 2020, LpB 2020) nach, ein großer Teil der jungen Menschen nicht von Erwachsenen gehört und ernst genommen, wie u.a. das titelgebende Zitat verdeutlicht.

Das von vielen Jugendlichen auch vorher schon vorhandene Gefühl, von Erwachsenen und Politik nicht gehört zu werden (z.B. LpB 2020, Shell-Studie 2019) und damit verbunden als unzureichend wahrgenommene Möglichkeiten der Beteiligung, wurden während der Corona-Krise noch weiter eingeschränkt bzw. waren vielerorts nicht mehr vorhanden. Damit wird Jugendlichen jedoch eine Grundvoraussetzung genommen, ihre Sorgen, Anliegen und Interessen zu artikulieren und ihr Umfeld und – soweit möglich – ihre Lebensbedingungen mitzugestalten. Fehlende Erfahrungen des Gehört- und Ernst-Genommen-Werdens und damit einhergehend der Selbstwirksamkeit wirken sich zudem negativ auf die Bereitschaft aus, sich einzubringen und zu engagieren. Je früher und in je mehr Lebensbereichen Menschen jedoch Beteiligungserfahrungen machen, desto deutlicher bilden sie Handlungsmuster aus, die einhergehen mit der Bereitschaft, sich einzumischen und gesellschaftliche Kontexte mitzugestalten (vgl. u.a. 16. Kinder- und Jugendbericht, S. 14).

Junge Menschen müssen sich daher – auch und insbesondere in Krisenzeiten – sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene beteiligen können. Beteiligung darf kein "Schönwetterrecht" (JuCo-Studie 2020, S. 16) sein! Die Stimmen junger Menschen müssen gehört werden, um ihren Anliegen und Bedürfnissen gerecht zu werden und gemeinsam im Dialog Lösungen zu finden.

Fachpolitische Forderungen

Die Verbände der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit fordern...

- ... die Vielfalt von Lebenssituationen und Heterogenität von Jugendlichen im öffentlichen, politischen und medialen Diskurs sichtbar zu machen und stärker zu berücksichtigen.
- ... einen differenzierten und realitätsnahen Blick auf junge Menschen sowie die Wahrnehmung und Anerkennung ihrer spezifischen Bedarfe und Bedürfnisse.
- ... keine Sonderbehandlung für junge Menschen, sondern eine Gleichbehandlung und einen fairen und respektvollen Umgang mit Jugendlichen, die unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden.
- ... die weitere Stärkung und konsequente Umsetzung von Beteiligung junger Menschen auf allen Ebenen in Politik und Gesellschaft.
- ... ausreichend vorhandene und verschieden gestaltbare (Frei- und Schutz-)Räume für junge Menschen, sowie eine Beteiligung der jungen Menschen z.B. an der Stadtplanung, um auch ihre Bedarfe bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes mit einzubeziehen. Der öffentliche Raum ist für alle da und soll auch als Begegnungsort verschiedener Gruppierungen und Altersgruppen dienen.
- ... den Einbezug von digitalen Medien als eine der Grundlagen für gesellschaftliche Teilhabe und Bildungschancengleichheit sowie die Schaffung von nicht-kommerziellen Bereichen in digitalen Räumen, die für junge Menschen gut und einfach zugänglich sind und als Begegnungs- aber auch geschützte Räume zur Verfügung stehen.
- ... die strukturelle und finanzielle Absicherung der Regelstrukturen und Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit, damit diese (auch in Krisenzeiten) in der Lage sind, die Belange Jugendlicher aufzunehmen und bei Bedarf deren Stimme im politischen und öffentlichen Raum hörbar zu machen oder zu vertreten.

Stuttgart, 04.02.2021